

Vermögen erhalten – Zukunft gestalten

JA zum Gegenentwurf – Gold für AHV, Kantone und Stiftung
Eidgenössische Abstimmung am 22. September 2002



www.gegenentwurf-ja.ch

JA zum **Gegenentwurf**
Gold für AHV, Kantone und Stiftung

Darüber stimmen wir am 22. September 2002 ab

1300 Tonnen Goldreserven der Nationalbank werden nicht mehr für die Währungs- politik benötigt. Dieses Sondervermögen entspricht etwa einem Wert von 20 Milliarden Franken. Das Gold soll nun genutzt werden.

Am 22. September stehen zwei Vorschläge zur Abstimmung.

- 1. Eine Volksinitiative der SVP, die das Sondervermögen gesamthaft dem AHV-Fonds übertragen will.**
- 2. Der Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament: Das Sondervermögen bleibt in seiner Substanz erhalten. Die Erträge von rund 750 Millionen Franken jährlich werden während 30 Jahren zu je einem Drittel für die AHV, die Kantone und die Stiftung Solidarität Schweiz eingesetzt. Nach 30 Jahren kann die nächste Generation neu entscheiden, wie dieses Sondervermögen weiter verwendet wird.**



Argumente für ein JA zum Gegenentwurf

Der Gegenentwurf von Bundesrat und Parlament ist ein ausgewogenes, gerechtes und zukunftsorientiertes Konzept.

Wir sagen JA zum Gegenentwurf, weil wir:

● das Tafelsilber erhalten

Auf Verfassungsebene wird sichergestellt, dass das Sondervermögen in der Substanz real erhalten bleibt und die Erträge während 30 Jahren sinnvoll eingesetzt werden. Kommenden Generationen wird weitergegeben, was über Jahrzehnte erarbeitet und erspart worden ist.

● nachhaltig in die AHV investieren und nicht Pflasterlipolitik betreiben

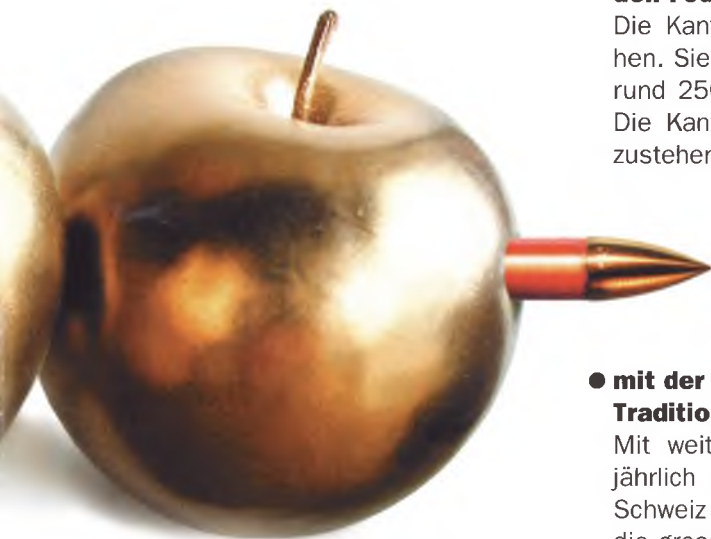
Die AHV wird jährlich mit 250 Millionen Franken entlastet. Und in 30 Jahren verfügen wir – verfassungsmässig garantiert – immer noch über den vollen Betrag von 20 Milliarden Franken. Für die langfristige Finanzierung der AHV brauchen wir jedoch die 11. AHV-Revision.

● die Kantone berücksichtigen und den Föderalismus stärken

Die Kantone sollen nicht leer ausgehen. Sie erhalten ebenfalls insgesamt rund 250 Millionen Franken pro Jahr. Die Kantone können über den ihnen zustehenden Betrag frei verfügen.

● mit der Stiftung die humanitäre Tradition der Schweiz fortführen

Mit weiteren 250 Millionen Franken jährlich wird die Stiftung Solidarität Schweiz geschaffen. Wir führen damit die grosse humanitäre Tradition unseres Landes fort, auf die wir zu Recht stolz sind. Die Stiftung ist ein Werk für die Zukunft. Zahlungen für Wiedergutmachungen schliesst das Gesetz aus.





**Bundespräsident
Kaspar Villiger:**

«Ich bin überzeugt, dass die Stiftung innert weniger Jahre ein nicht mehr wegzudenkendes Instrument sein wird, vergleichbar dem Roten Kreuz. Sie trägt die Solidarität in ihrem Namen. Sie wäre eine einzigartige Chance und Herausforderung für unser Land, sich der Frage nach Gemeinsinn, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit immer wieder neu zu stellen.»



**Ständerätin Christine
Beerli (FDP/BE):**

«Ich bin für den Gegenvorschlag, weil damit das Tafelsilber nicht verscherbelt und das gesamte Vermögen für künftige Generationen erhalten wird.»



**Ständerat Franz Wicki
(CVP/LU):**

«Mit dem Gegenvorschlag wird verfassungsmässig garantiert, dass das Vermögen während 30 Jahren in der Substanz erhalten bleibt. Danach kann neu über die Verwendung des Geldes entschieden werden.»



**Nationalrat Franz
Steinegger (FDP/UR):**

«Der Gegenvorschlag ist die einzige Lösung, welche den Erhalt der Substanz garantiert und die Erträge sinnvoll nutzt. Auch mit Blick auf die Zukunft ist dies die vernünftigste und gerechteste Verwendung des Geldes.»



**Regierungsrätin Eveline
Widmer-Schlumpf, Finanz-
direktorin Graubünden:**

«Als Präsidentin der Finanzdirektorenkonferenz setze ich mich dafür ein, dass die Interessen der Kantone gewahrt werden. Mit dem Gegenvorschlag erhalten wir ein Drittel der Erträge, mit der Goldinitiative nichts. Deshalb sagen wir klar Ja zum Gegenvorschlag.»



Nationalrätin Regine Aeppli (SP/ZH):

«Stiftung und Gegenentwurf sind das Ergebnis eines demokratischen Prozesses und beweisen, dass die Schweiz ein solidarisches und weltoffenes Land ist, das den Ausgleich zwischen Jung und Alt sowie Arm und Reich sucht.»



Regierungsrat Christian Wanner, Finanzdirektor Solothurn:

«Die Finanzdirektoren und die Kantonsregierungen sagen Ja zum Gegenentwurf. Dieser sichert den Kantonen eine Finanzquelle, auf die sie nicht verzichten können und wollen.»



Bundesrätin Ruth Dreifuss:

«Als Sozialministerin freue ich mich über den Zuschuss, den der Gegenentwurf an die AHV leistet. Sozialpolitik beschränkt sich aber nicht auf die AHV. Mit der Stiftung schaffen wir ein Instrument, das in Bereichen handeln kann, die von den Sozialversicherungen nicht abgedeckt werden. Auch der Beitrag an die Kantone ist sinnvoll eingesetzt: Soziales, Gesundheit und Bildung fallen weitgehend in die Kompetenz der Kantone, aber es mangelt ihnen an Geld, all diesen Verpflichtungen nachzukommen.»



Regierungspräsident Peter Schönenberger, Finanzdirektor St. Gallen:

«Ich lehne die Volksinitiative der SVP ab, weil sie die Kantone völlig leer ausgehen lässt. Der Gegenorschlag berücksichtigt demgegenüber auch die Interessen der Kantone in angemessener Weise und stärkt damit den Föderalismus.»



Nationalrätin Cécile Bühlmann (GP/LU):

«Alle Bevölkerungsteile sollen etwas erhalten, denn es haben auch alle etwas zu diesem Sondervermögen beigetragen. Die Drittelslösung mit AHV, Kantonen und Stiftung ist deshalb fair und gerecht.»

Bestellung und Kontakt

Gerne stellen wir Ihnen Unterlagen zur Kampagne «JA zum Gegenentwurf» zu. Wir können Ihnen das Informationsmaterial per Post oder per E-Mail zuschicken. Sie können sich die Informationen aber auch unter www.gegenentwurf-ja.ch aus dem Internet runterladen. Weitere Informationen erhalten Sie über die Internet-Seite des Bundes www.suisse-solidaire.admin.ch oder über diejenige des Jugendkomitees zur Unterstützung des Gegenentwurfs www.go-old.ch.

Wie möchten Sie die Informationen gerne zugestellt bekommen?

per Post per E-Mail

Argumentarium (5 Seiten A4)	Anzahl
10 Argumente (2 Seiten A4)	Anzahl
Set Fact Sheets zu verschiedenen Themen	Anzahl
Weitere Ex. dieses Flyers (8 Seiten A5)	Anzahl
Kleber JA zum Gegenentwurf	Anzahl
Kleinplakat (Format A3)	Anzahl
Grossplakat (Format B4)	Anzahl

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Geschäftsstelle:

JA zum Gegenentwurf – Gold für AHV, Kantone und Stiftung

Schaffhauserstrasse 7

Postfach

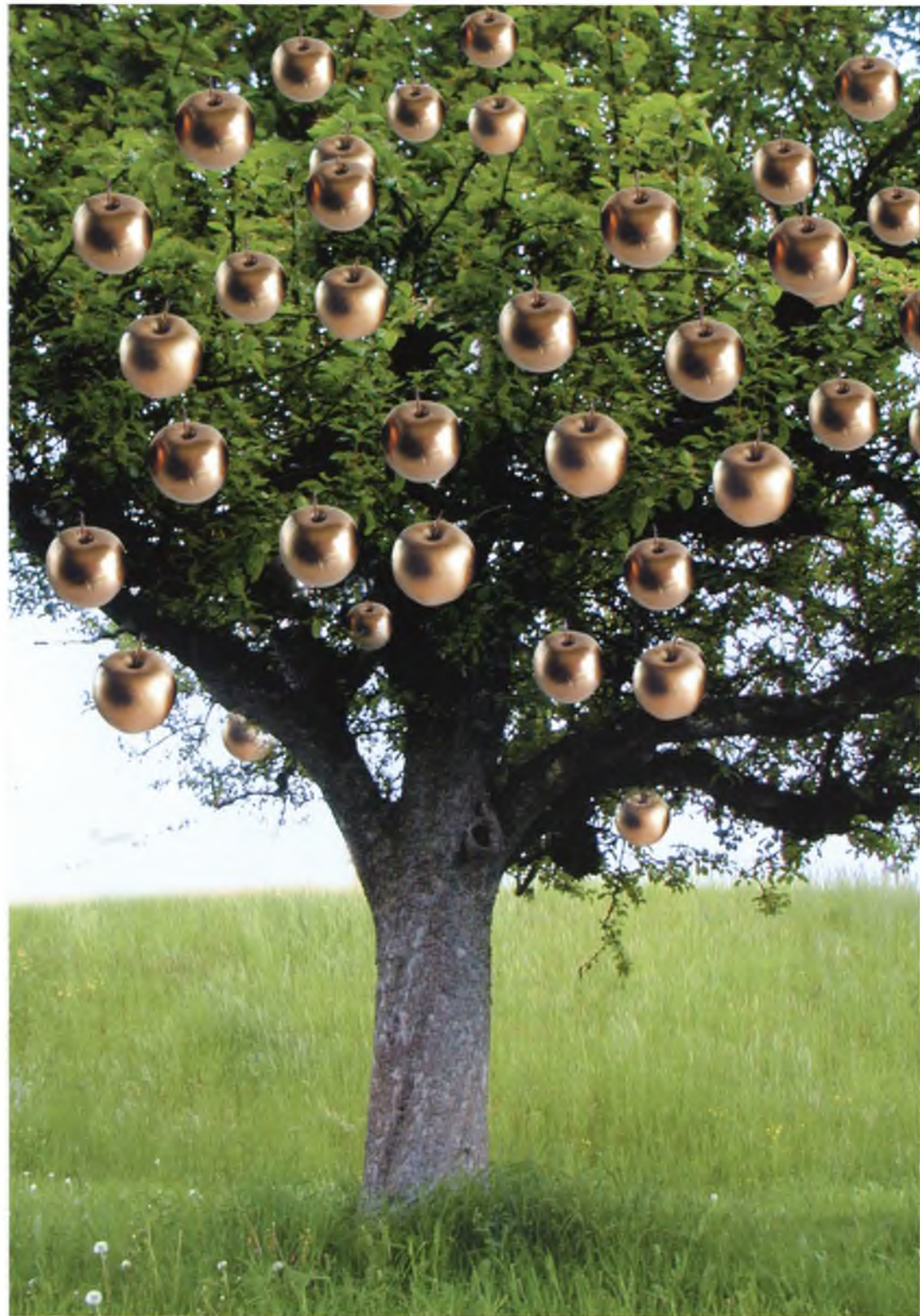
8042 Zürich

Tel. 01 363 90 68

Fax 01 363 82 36

E-Mail: info@gegenentwurf-ja.ch

www.gegenentwurf-ja.ch



Argumente gegen Goldinitiative und 2x Nein

Die Goldinitiative der SVP ist eine schlechte Lösung, weil:

- das Sondervermögen einseitig und endgültig bloss für einen einzigen Zweck verwendet wird;
- die Kantone leer ausgehen und eventuell die Steuern erhöhen müssen;
- die Stiftung nicht errichtet werden kann;
- das Goldvermögen wahrscheinlich schon nach wenigen Jahren unwiederbringlich aufgebraucht ist, ohne dass die langfristige Finanzierung der AHV gesichert wäre;
- künftige Generationen keine Möglichkeit mehr haben, neu über dieses einmalige Sondervermögen zu verfügen.

«JA zum Gegenentwurf» ist mehrheitsfähig!

Grosse Teile der Schweizer Politik und der Zivilgesellschaft sagen überzeugt JA zum Motto «Vermögen erhalten – Zukunft gestalten» und unterstützen den Gegenentwurf. Dem überparteilichen schweizerischen Komitee «JA zum Gegenentwurf» sind bereits über 130 Parlamentarierinnen und Parlamentarier beigetreten. Deutlich JA sagen auch die Konferenz der Kantonsregierungen, die Finanzdirektorenkonferenz sowie die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren.

Zweimal Nein zu sagen ist eine schlechte Lösung, weil:

- die seit Jahren heftig geführte Diskussion um die Verwendung der freien Mittel der Nationalbank ignoriert wird;
- übersehen wird, dass jede andere Verwendung als die vorgeschlagene erst nach erneuter parlamentarischer Beratung und Volksabstimmung zum Tragen kommen könnte;
- schon einen Tag nach der Abstimmung vom 22. September das Gerangel um die Verwendung des Goldes weitergehen wird;
- mit dem Gegenvorschlag eine faire und ausgewogene Lösung auf dem Tisch liegt.

Das Co-Präsidium des Komitees

«JA zum Gegenentwurf» besteht aus: Christine Beerli, Ständerätin FDP/BE, Christian Wanner, Regierungsrat FDP/SO, Christiane Brunner, Ständerätin SP/GE, Regine Aeppli, Nationalrätin SP/ZH, Franz Wicki, Ständerat CVP/LU, Lucrezia Meier-Schatz, Nationalrätin CVP/SG, Chiara Simoneschi-Cortesi, Nationalrätin CVP/TI, Cécile Bühlmann, Nationalrätin GP/LU, Walter Donzé, Nationalrat EVP/BE

Zeigen Sie Ihre Solidarität mit der Kampagne «JA zum Gegenentwurf» und unterstützen Sie uns mit Ihrem Beitrag auf PC Konto 87-292924-1. Besten Dank!